



Detlef Wetzell

Erster Vorsitzender der IG Metall

Statement Pressekonferenz:

IG Metall und Akademie der Künste zum Freihandelsabkommen TTIP

am 24. Oktober 2014 in Berlin

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) hat das **Potenzial den globalen Welthandel gravierend zu verändern:**

- Etwa 45 Prozent der jährlichen globalen Wirtschaftsleistung werden in diesen beiden Wirtschaftsräumen gemeinsam erstellt bei einem Anteil an der Weltbevölkerung von nur 12 Prozent.
- Standards, die durch TTIP definiert werden, werden der Maßstab für künftige Abkommen sein.

Im europäischen und deutschen Sozial- und Kulturmodell gehören Umwelt und Natur, Kunst und Kultur, aber auch die menschliche Arbeit und die Institutionen der Kapital-Arbeit-Beziehungen zu den Feldern, die **nicht einem ungehemmten Wettbewerb ausgeliefert werden dürfen.**

Aus Sorge um dieses schützenswerte Modell kam auch die gemeinsame Initiative der Akademie der Künste und der IG Metall zustande.

Gegenüber einem aggressiven Neoliberalismus, wie er in TTIP und CETA zum Ausdruck kommt, sind eine Institution der demokratischen Kultur und eine Organisation der solidarischen Arbeit geradezu natürliche Bündnispartner. Deshalb arbeiten die Akademie der Künste und die IG Metall hier eng zusammen.

Wir wollen unsere natürliche Partnerschaft gegen eine falsche gesellschaftliche Weichenstellung mit dieser Erklärung zum Ausdruck bringen.

Klar ist: wenn tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse beseitigt werden, steigt der Wettbewerbsdruck, und zwar ganz besonders auf Arbeits- und Sozialstandards.

Wir sind der Auffassung, dass Arbeits- und Sozialstandards nicht als Wettbewerbshindernis verstanden werden dürfen, das aus dem Weg geräumt werden muss, sondern als Ausdruck gesellschaftlicher Werte und Normen und letztlich als Schutzstandards für gute Arbeit und ein gutes Leben.

Mit unserer gemeinsamen Erklärung unterstreichen wir, **dass sich ein gutes Leben** jedes Menschen unseres Kulturkreises nicht allein auf materielle Güter und Ressourcen gründen lässt.

Der Mensch lässt sich nicht auf seine Funktion als Produktionsfaktor oder auf ein „Bündel Humankapital“ reduzieren.

Zu einem guten Leben gehören neben guter Arbeit auch politische Freiheiten, soziale Chancen, Transparenz und soziale Sicherheit.

Kunst und Kultur sind wesentlicher Bestandteil der Verwirklichungschancen eines Menschen, die es nicht nur zu schützen, sondern auch durch die öffentliche Hand zu fördern gilt.

Ende September wurde in einigen Medien der Eindruck erweckt, dass die Gewerkschaften eine Kehrtwende bei der Bewertung des Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU (TTIP) vollzogen hätten.

Diese Berichterstattungen sind irreführend und veranlassen uns, die TTIP-Position der IG Metall noch einmal deutlich zu machen.

Die IG Metall steht zu den **gemeinsamen Beschlüssen des DGB-Bundeskongresses** vom Frühjahr 2014.

Damit ein Freihandelsabkommen mit den USA den Wohlstand mehrt, muss es aus gewerkschaftlicher Sicht folgende Bedingungen erfüllen:

1. Die Fähigkeit von Parlamenten und Regierungen, Gesetze und Vorgaben zum Schutz und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu erlassen, darf nicht eingeschränkt werden.
2. Die EU und die USA verfügen über ordentliche Rechtssysteme. Jegliche Art von Investitionsschutzabkommen lehnen wir daher ab. Aus dem Verhandlungsmandat geht hervor, dass das Investitionsschutzkapitel Klagemöglichkeiten ausländischer Investoren vor internationalen Schiedsgerichten enthalten soll. Damit können die nationalen Rechtswege umgangen werden. Das ist nicht akzeptabel.

3. Beide Vertragspartner müssen sich verpflichten, die ILO-Kernarbeitsnormen zu ratifizieren und umzusetzen. Die Weiterentwicklung der globalen Handelsbeziehungen ist nur auf der Grundlage dieser Mindestnormen für gute Arbeit vorstellbar. Während das in Europa der Fall ist, haben die USA gerade zwei Kernarbeitsnormen unterschrieben. Nicht aber zum Beispiel die zur Vereinigungsfreiheit oder zum Recht auf kollektive Verhandlungen.
4. Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU muss gewahrt werden. Es darf keinen direkten oder indirekten Zwang zu weiterer Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen geben.
5. Bei Dienstleistungen durch in die EU entsandte Beschäftigte ist die uneingeschränkte Gültigkeit nationaler Arbeitsrechts- und Tarifstandards zu gewährleisten. Das Ziellandprinzip ist zu garantieren.
6. Im Bereich der öffentlichen Vergabe und Beschaffung dürfen soziale und ökologische Vergabekriterien und ihre mögliche Erweiterung nicht in Frage gestellt werden. Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, müssen auf Einhaltung der jeweiligen Vergabekriterien, wie etwa die Tariftreue, verpflichtet werden können.
7. Ein etwaiges Verhandlungsergebnis bedarf der umfassenden Diskussion in den Gesellschaften der Vertragsparteien und einer Beschlussfassung der nationalen Parlamente.

Ich fasse die **Kernforderungen der IG Metall** noch einmal zusammen:

Jede Art von Investitionsabkommen wird abgelehnt.

Unterzeichnung aller ILO-Kernarbeitsnormen durch die USA.

Freihandelsabkommen dürfen weder Arbeitnehmer, noch Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards gefährden.

Wird auch nur einer dieser Punkte nicht erfüllt, bleibt es beim „Nein“ der IG Metall zu TTIP.

In diesem Zusammenhang sind die aktuellen Verhandlungen zum Handelsabkommen CETA mit Kanada für uns die Nagelprobe, wie ernst es die Bundesregierung mit den Einwänden der Gewerkschaften meint.

Das Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) enthält ein Investitionsschutzkapitel, das ausländischen Investoren Klagemöglichkeiten gegenüber Staaten vor einem internationalen Schiedsgericht einräumt. Der nationale Rechtsweg fortschrittlicher Rechtssysteme der EU und Kanada kann umgangen werden.

Damit ist die rote Linie, die auch in dem gemeinsamen Positionspapier des DGB mit dem Bundeswirtschaftsministerium definiert wurde, überschritten.

Wenn die neue EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström weiterhin Nachverhandlungen zu CETA ausschließt, erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie das von der EU-Kommission paraphierte Abkommen mit Kanada (CETA) im EU-Rat ablehnt. Wir fordern das insbesondere deshalb, weil aller Voraussicht nach CETA Blaupause für TTIP sein wird.

Es ist nicht hinnehmbar, dass einerseits Rechte ausländischer Investoren gestärkt werden sollen, während andererseits Arbeits- und Sozialstandards in unbedeutende Nebenkapitel („Nachhaltigkeitskapitel“) verschoben werden ohne Aussicht auf wirkliche Verbesserungsmöglichkeiten.

Wohlstand für alle kann nur erreicht werden, wenn der Mensch in den Mittelpunkt rückt und globale Handelsbeziehungen auf fundamentalen Menschenrechten gründen.

In diesem Sinn verstehen wir auch unsere gemeinsame Initiative mit der Akademie der Künste.